



Uganda

Länderinformation

Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der
Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Information und Öffentlichkeitsarbeit
Zelinkagasse 2 • 1010 Wien • Österreich
Tel.: +43 (0)1 90399-2411 • oeza.info@ada.gv.at •
www.entwicklung.at



Uganda



BASISDATEN

Unabhängigkeit	9. Oktober 1962
Staatsform	Präsidentialrepublik
Staatsoberhaupt	Yoweri Kaguta Museveni
Regierungschef	Amama Mbabazi
Außenminister	Sam Kutesa
Fläche**	241.551 km ²
Bevölkerung**	33,8 Mio.
Bevölkerungswachstum**	2,5 %
Lebenserwartung**	54,1 Jahre
Alphabetisierung (Bev. ab 15 Jahren)*	Frauen: 65,5%; Männer: 81,8%
HDI (Human development Index)*	0,422 (Max. 1), 143. Stelle von 169
GDI (Gender related development Index)*	0,715 (Max. 1), 109. Stelle von 169
BIP*	16,04 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP**	7,1 %
BNE**	15,2 Mrd. USD
BNE pro Kopf**	460 USD
Armut**	31,1% leben unter der nationalen Armutsgrenze.
Bevölkerungsanteil mit Zugang zu sauberem Wasser**	67 %

* UNDP: Human Development Report 2010
 ** Weltbank: World Development Indicators database, <http://data.worldbank.org/indicator>, Stand Juli 2011

Einleitung

Uganda erlangte 1962 seine Unabhängigkeit. Davor war es (seit 1894) britisches Protektorat mit indirekter Machtausübung unter der Dominanz des feudalen Königreichs Buganda. 1963 rief Premierminister Milton Obote die Republik aus. Das Regime Obotes nahm bald diktatorische Züge an. Durch einen Militärputsch gelangte 1971 Generalmajor Idi Amin an die Macht. Seine Gewaltherrschaft führte Uganda in eine soziale, politische und wirtschaftliche Krise. Nach Amins Vertreibung im Jahr 1979 und einer erneuten Diktatur unter Obote übernahm 1986 Yoweri Museveni mithilfe der National Resistance Army (NRA) die Herrschaft und etablierte eine Regierung mit ihm als Staatsschef. Zehn Jahre später wurde er zum Präsidenten gewählt, wobei das politische System auf einem No-Party- bzw. Einparteiensystem des National Resistance Movement (NRM), der ehemaligen Widerstandsbewegung unter Yoweri Museveni, beruhte.

Im Juni 2005 stimmte die Bevölkerung in einem Referendum für eine Öffnung in Richtung Mehrparteiensystem sowie für die Aufhebung der Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten. 2006 und 2011 fanden allgemeine Parlaments- und Präsidentschaftswahlen unter der Beteiligung mehrerer Parteien bzw. Kandidaten statt.

Die Wahlen 2011 brachten neuerlich einen deutlichen Sieg für das NRM und den Langzeitpräsidenten Yoweri Museveni. Die EU stellte bei der Durchführung der letzten Wahlen zwar Verbesserungen im Vergleich zu 2006 fest, die Voraussetzungen seien jedoch nicht für alle Kandidaten gleich gewesen. Der stärkste Oppositions-

kandidat Kizze Besigye kritisierte die Wahlen vehement und nützte den Unmut der Bevölkerung über die Wirtschaftskrise, steigende Inflation, Lebensmittel- sowie Benzinpreise zur Durchführung von Protestmärschen (walk-to-work). Die Polizei ging mit unverhältnismäßiger Härte gegen die Demonstrierenden vor. Mittlerweile hat sich die politische Lage weitgehend stabilisiert. Die neue Regierung und das neue Parlament haben ihre Arbeit aufgenommen. Die Kritik an Präsident Musevenis Langzeitregierung hält jedoch an.

Entwicklungspolitik Ugandas

Die Bevölkerung Ugandas setzt sich aus 40 verschiedenen Volksgruppen (davon etwa 70 Prozent Bantugruppen) zusammen. Rund 80 Prozent der Menschen leben zumeist in Subsistenzwirtschaft, wobei die Landwirtschaft etwa 23,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beiträgt. Trotz des stetig steigenden Pro-Kopf-Einkommens leben rund 31 Prozent der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze. Der Human Development Index 2010 weist Uganda auf dem 143. Platz unter 169 Ländern aus.

Positiver Entwicklungsweg

Unter Staatspräsident Yoweri Museveni verfolgt das Land bereits seit langem einen konstant positiven Entwicklungsweg und hat in den letzten Jahren beachtliche Erfolge bei der Verringerung der Armut erzielt. Wirtschaft, Lebenserwartung, Pro-Kopf-Einkommen und der Zugang zu Grundschulbildung und Wasserversorgung sind gestiegen. Darüber hinaus gilt Uganda dank breiter und sehr aufgeschlossener HIV/AIDS-Aufklärungskampagnen international als Musterbeispiel für Bewusstseinsbildung und Prävention in diesem Bereich. Die konsequenten Reformbemühungen führten dazu, dass Uganda derzeit einer der großen Empfänger von bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfeleistungen ist.

Internationale ODA (Official Development Assistance) an Uganda

	2007	2008	2009
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	1.737,0	1.641,0	1.786,0
in % des BNE ca.	14,9	11,6	11,6
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	10,3	14,2	11,2

Quelle: OECD: Recipient aid chart Ethiopia (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben entsprechen dem Stand Juli 2011 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Uganda: Hauptgeber in Mio. USD*

	Durchschnitt 2008-2009
Vereinigte Staaten	360
IDA	289
Europäische Kommission	193
AfDf	110
Großbritannien	92

* Durchschnitt auf Basis der Brutto-Auszahlungen
 Quelle: OECD: <http://stats.oecd.org>, Juli 2011

Herausforderungen

Andererseits stieg die Inflationsrate seit Anfang 2011 von durchschnittlich bzw. angepeilten 5 Prozent auf bis zu 18 Prozent im Juli 2011 stark an. Aufgrund des starken Bevölkerungswachstum von ist die ugandische Bevölkerung sehr jung. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre. Dies bedeutet wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Regierung, das Wirtschaftswachstum des Landes entsprechend zu steigern, um die wachsende Bevölkerung aus der Armut zu führen. Die Bemühungen um Wirtschaftswachstum und die dafür notwendige Infrastruktur (Transportwege und Energie) zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenlandes sind ebenso im Fokus der Regierung wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ausbildung von qualifizierten Arbeitskräften.

Neue Chancen für Entwicklungsschub

Die im Land entdeckten Ölreserven, die ab 2012 gefördert werden sollen, sollen dem Land zu einem weiteren Entwicklungsschub helfen. Die Verwendung der Gewinne wird sowohl innenpolitisch, aber auch von der internationalen Gemeinschaft kritisch beobachtet werden.

Der Friede im Sudan und die Unabhängigkeit des Südsudan bieten Uganda die Möglichkeit zur Ausweitung seiner Märkte. Vor allem landwirtschaftliche Produkte können in den Südsudan exportiert werden.

Entwicklung nach Plan

Als eines der ersten afrikanischen Länder legte Uganda im März 2000 einen vollständigen Aktionsplan zur Armutsminderung (Poverty Eradication Action Plan/PEAP) vor. Dieser war unter der breiten Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet worden. Damit war auch eine wichtige Voraussetzung für die Entschuldung von 1,95 Milliarden US-Dollar erfüllt.

2010 löste der Nationale Entwicklungsplan (National Development Plan/NDP) den Aktionsplan zur Armutsminderung ab. Der neue Plan legt einen starken Schwerpunkt auf Wirtschaftswachstum und steht unter dem Motto „Wachstum, Beschäftigung und sozioökonomischer Wandel zum Wohlstand“. Er zielt auf die Verbesserung folgender Bereiche ab:

- Haushaltseinkommen und Verteilungsgerechtigkeit
- Beschäftigungsmöglichkeiten
- Wirtschaftliche Infrastruktur
- Zugang zu qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungen
- Forschung, Technologie, Innovation sowie Informations- und Kommunikationstechnologie für bessere Wettbewerbsfähigkeit
- Entwicklung des Humankapitals

- Gute Regierungsführung, Verteidigung und Sicherheit
- Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung und Nutzung von Umwelt- und natürlichen Ressourcen.

Aufholbedarf in Norduganda

Trotz der generell positiven Entwicklungen hat das Land nach schweren internen Konflikten im Norden des Landes großen Aufholbedarf. 20 Jahre lang terrorisierte die Lord's Resistance Army (LRA) die Bevölkerung in Acholi und der angrenzenden Regionen. Auch die Armee beging Menschenrechtsverletzungen. 2006 kam es zur Aufnahme formeller Friedensverhandlungen. Bis 2008 wurden sechs umfassende Teilabkommen verhandelt. Die LRA-Führung weigerte sich allerdings, das Gesamtabkommen zu unterzeichnen. Ende 2008 führten Uganda und die Demokratische Republik Kongo eine gemeinsame Militäroperation gegen die LRA durch, die sich derzeit in der Grenzregion der Demokratische Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und des Südsudan aufhält und dort weiterhin ihr Unwesen treibt. Die Rufe in Uganda, aber auch internationaler Partner, insbesondere der USA, werden immer lauter, die LRA zu zerschlagen.

In Norduganda brachte der Friedensprozess ein Ende der Kampfhandlungen und mehr Sicherheit für die Bevölkerung. Die Mehrheit der ursprünglich fast zwei Millionen Binnenflüchtlinge konnte in ihre Dörfer zurückkehren. Dort gibt es jedoch nach zwei Jahrzehnten Krieg oft weder sauberes Wasser noch Gesundheitsstationen oder Schulen. Soziale Rollen und damit auch traditionelle Strukturen sind zerbrochen. Gewalt, vor allem an Frauen, und Landstreitigkeiten sind die vordringlichsten Probleme.

Im Nordosten des Landes (Karamoja) schwelt seit Jahrzehnten ein Konflikt zwischen bewaffneten Viehzüchtern sowie zwischen nomadischen Viehzüchtern und der benachbarten sesshaften Bevölkerung. Ursache der Auseinandersetzungen ist die Landnutzung. Die Versuche der Regierung, die Zivilisten nachhaltig zu entwaffnen, scheiterten bisher und führten immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen.

Die beiden Gebiete wurden jahrelang vernachlässigt. Im Gegensatz zum nationalen Durchschnitt von rund 31 Prozent leben in Norduganda 66 Prozent¹ der Menschen unter der nationalen Armutsgrenze. Die ugandische Regierung verfolgt einen Friedens-, Wiederaufbau- und Entwicklungsplan für Norduganda, der den Anschluss der Region an die positiven Entwicklungen des restlichen Landes fördern soll.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Uganda

Österreichs Beziehungen zu Uganda reichen bis in die frühen 1980er-Jahre zurück. Seither gab es einen regen entwicklungspolitischen und kulturellen Austausch, der von staatlichen Einrichtungen, Entwicklungsorganisationen, aber auch vielen engagierten Einzelpersonen getragen wurde.

1991 eröffnete die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) ein Koordinationsbüro in Kampala. Die Präsenz vor Ort ermöglichte, die umfassende Arbeitsbeziehungen zu öffentlichen ugandischen Stellen und anderen bilateralen und multilateralen Gebern auf- und auszubauen. Seit 1993 ist Uganda Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Hauptziel der OEZA in Uganda ist die Reduzierung der Armut mit Fokus auf Wasser und Siedlungshygiene sowie Rechtsstaatlichkeit.

¹ Republic of Uganda: National Development Plan (2010/11 – 2014/15). Kampala, April 2010, S. 361.

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)² an Uganda betragen zwischen 1995 und 2009 114,47 Millionen Euro. Davon entfielen 108,86 Millionen Euro auf Leistungen der OEZA.

ODA Österreichs an Uganda³ in Mio. Euro

	2005	2006	2007	2008	2009
bilaterale ODA für Uganda in Mio. Euro	6,78	8,20	7,49	9,86	8,03
in % der bilateralen Gesamt-ODA	0,68	0,94	0,77	1,15	2,21
OEZA/ADA für Uganda in Mio. Euro	7,14	8,04	8,13	10,42	8,34
OEZA/ADA an Uganda in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	8,43	8,48	8,83	10,14	9,23

Quelle: ADA-Statistik

Schwerpunkte und Leistungen

In Übereinstimmung mit dem Nationalen Entwicklungsplan Ugandas sowie den internationalen Verpflichtungen und nationalen Vorgaben zu mehr Arbeitsteiligkeit konzentriert sich die OEZA in Uganda auf folgende zwei Bereiche:

- Wasserversorgung und Siedlungshygiene
- Recht, Justiz und Frieden

Das Engagement in diesen beiden Bereichen wird ergänzt durch humanitäre Hilfe, die Kofinanzierung von Projekten von Nichtregierungsorganisationen (NRO), die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und landwirtschaftlicher Forschung sowie durch multilaterale Projekte.

Der geografische Schwerpunkt liegt in der Acholi-Region und angrenzenden Gebieten in Norduganda, die sich erst kürzlich aus dem gewaltsamen Konflikt befreit haben. Von 2003 bis 2009 unterstützte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit dort humanitäre Sofortmaßnahmen und Entwicklungs-Aktivitäten in einem Ausmaß von mehr als 11 Millionen Euro. Dazu zählen die Wiedereingliederung ehemaliger entführter Kinder, die Resozialisierung von KindersoldatInnen, Wissensvermittlung zu Konfliktvermeidung, Mediation und Menschenrechten sowie die Stärkung lokaler Institutionen etwa durch Organisationsentwicklung, Ausbildung und Vernetzung. Künftig werden vor allem Projekte im Bereich der genannten sektoriellen Schwerpunkte unterstützt.

Die OEZA konnte in Uganda mit neuen Formen der Kooperation, etwa Sektorfinanzierung und anderer Programmhilfe, Erfahrung sammeln und nachhaltige Erfolge erzielen (siehe Projektbeispiele). Seit 2010 beteiligt sich Österreich am gemeinsamen Rahmen der Geber für Sektorfinanzierung, in dem die Ziele und die Bewertung der Verwendung der Mittel bzw. des Staatshaushalts festgelegt sind.

² BMF, BMWF, BMUKK, BMI, BMeiA u.a.; Länder, Städte und Gemeinden

³ In den Jahren 2004-2005 sowie 2007-2008 ergeben sich für die Gesamt-ODA Österreichs an Uganda niedrigere Werte als für die OEZA/ADA-Leistungen. Der Grund hierfür liegt in Tilgungen für einen Weltbank-Kofinanzierungskredit im Wassersektor. In den betreffenden Jahren wurden Kreditrückzahlungen verbucht die gemäß den statistischen Richtlinien des Entwicklungshilfesausschusses der OECD von der ODA in Abzug zu bringen sind (Nettoprinzip der ODA).



Projektbeispiele

Sauberes Wasser für alle

Die Regierung Ugandas hat ein ehrgeiziges Ziel: Bis 2015 sollen 77 Prozent der Landbevölkerung und die gesamte Stadtbevölkerung über sauberes Trinkwasser und hygienische Sanitäreinrichtungen verfügen. Mit Unterstützung Österreichs (seit 1996) und der EU-Wasserfazilität und anderer Geber (seit 2006) startete ein umfangreiches Programm zur Wasserversorgung im Südwesten Ugandas. Heute sind dort mit österreichischer Unterstützung mehr als eine Million Menschen in ländlichen Kleinstädten an die Versorgungsnetze angeschlossen. Solide, nachhaltige Verwaltungsstrukturen gewährleisten, dass die Versorgung einwandfrei funktioniert. Eigens entwickelte Trockentoiletten (EcoSan-Toilets) bringen gute Hygienestandards. Sie verhindern die Verschmutzung des Grundwassers, die menschlichen Ausscheidungen werden getrennt geführt, zu Dünger verarbeitet und in der Landwirtschaft eingesetzt.

Im Rahmen des Programms engagiert sich Österreich für die gesamtheitliche Entwicklung des Wassersektors. Dazu gehören auch der Aufbau und die Stärkung lokaler Organisations- und Versorgungsstrukturen für den nachhaltigen Betrieb der geförderten Infrastruktur. Für die einzelnen Versorgungseinrichtungen bestimmt die Lokalverwaltung gemeinsam mit der Bevölkerung Wasserkomitees. Auf die Vertretung von Frauen in einflussreichen Positionen wird besonders geachtet. Die Wasserkomitees beauftragen schließlich private Betreiber, die für das Management und die Wartung der Versorgungseinrichtungen zuständig sind. Um die Qualität dieser Arbeit beurteilen und nachvollziehen zu können, erhalten die Mitglieder der Wasserkomitees fachspezifische Ausbildung und langfristige Betreuung durch die Dachverbände der wasserversorgten Gemeinden.

Das erfolgreiche Programm ist inzwischen in allen Landesteilen angelaufen. Besonders im Norden und Osten Ugandas intensiviert Österreich seine Unterstützung. Die dort ansässigen Büros (Water and Sanitation Development Facilities) spielen eine wesentliche Rolle beim Aufbau der Strukturen in diesen Gebieten, in die die Menschen nach vielen Jahren des Konflikts endlich wieder zurückkehren konnten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Mobilisierung der Bevölkerung. Bildungs- und Aufklärungsarbeit helfen mit, Bewusstsein für die Bedeutung von Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie für die Deckung der Betriebskosten zu schaffen.

Auf dem Boden des Rechts

Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und der Zugang zu Recht und Gerechtigkeit sind zentrale Bestandteile guter Regierungsführung und schaffen die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für Armutsreduktion. Sie sind eng verknüpft mit jenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die für das Funktionieren des Justizsystems eines Landes ausschlaggebend sind.

Die OEZA unterstützt daher Uganda seit 1997 bei Reformen der Justiz und der Organe der öffentlichen Ordnung. Seit 2002 leistet sie gemeinsam mit anderen Gebern Sektorfinanzierung für den „Justice Law and Order Sector“ (JLOS). Die Grundlage dafür bildet ein Aktionsplan, der von ugandischen Institutionen erarbeitet und mit den beteiligten Gebern abgestimmt wurde.

Derzeit werden die bereits erzielten Fortschritte und Ergebnisse konsolidiert: Dazu zählen die Einrichtung außergerichtlicher Konfliktregelung und andere wirtschaftsrechtliche Reformen, die Einrichtung eines Gerichts für Korruption und von Sondertagungen zum Abbau des Rückstaus von Gerichtsfällen, der Bau von Gerichtshöfen,

Projektpartner:
Ministry of Finance and Economic Development and Ministry of Water and Environment
Laufzeit:
1996–2013
ADA-Beitrag:
28,2 Mio. Euro

Projektpartner:
Ministry of Finance, Planning and Economic Development
Laufzeit:
2006-2011
ADA-Beitrag:
8,5 Mio. Euro

Polizeistationen und Gefängnissen, die Einführung von Haftalternativen, Menschenrechtstrainings, die Verbesserung der Dienstleistungen und sektorweiten Koordination auf dezentraler Ebene oder die Erhöhung des Personalstandes. Zudem werden die Reformen auf das Land- und Familienrecht ausgeweitet. Wesentliche Zielsetzungen sind, notwendige Gesetzesreformen voranzutreiben, Menschenrechtsverletzungen zu vermindern, Gerichtsverfahren zu beschleunigen, die Exekutive zu stärken und die Kriminalitätsrate zu senken. Der Bevölkerung erhält grundlegenden Zugang zu Rechtssprechung – besonders auch in den bisher kaum versorgten Gebieten im Norden. Für den Aufbau relevanter Strukturen in Norduganda stellt Österreich im Rahmen des Friedens-, Wiederaufbau- und Entwicklungsplans für Norduganda zusätzlich 2,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Auf Geberseite beobachtet und unterstützt die JLOS Development Partner Group den Reformprozess. Österreich ist aktives Mitglied dieser Gruppe und wird durch das Koordinationsbüro in Kampala vertreten.

Zukunft durch Aufarbeitung und Versöhnung

Nach den Friedensverhandlungen mit der LRA im Jahr 2008 stehen für die ugandische Regierung komplexe Fragen Transitioneller Justiz (TJ) an. Dabei geht es unter anderem um Rechenschaft, Wahrheitsfindung, Versöhnung und Reparationen. Ohne umfassende Beteiligung der betroffenen nordugandischen Bevölkerung kann die Diskussion zu diesen Themen zu keinen zukunftsfähigen Ergebnissen führen. Der bisher unzureichende Dialog zu Transitioneller Justiz soll daher inhaltlich geschärft und auf bisher weniger berücksichtigte, aber für die Opfer wesentliche Aspekte wie Wahrheitsfindung, Erinnerungsarbeit oder Gedenkstätten ausgeweitet werden. Dies bedeutet, die lokale Bevölkerung und VertreterInnen der Zivilgesellschaft, vor allem Frauen, Kinder und ehemalige LRA-KämpferInnen, für den Dialog mit der Regierung zu stärken und deren Stimmen zu bündeln. Darüber hinaus soll die umfassende Expertise des Projektpartners, des International Center for Transitional Justice (ICTJ), auch staatlichen Institutionen, insbesondere dem ugandischen Justizsektor, zur Verfügung gestellt werden.

Österreich arbeitet seit 2008 mit ICTJ in Uganda. Zunächst ging es stark um die Erweiterung des Dialogs mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Thema Transitioneller Justiz. Darauf aufbauend sollen nun folgende Resultate erzielt werden:

- Die formelle Strafverfolgung ist besser an die nationale Systemen und internationale Standards angepasst.
- Wahrheitsfindungsprozesse bauen auf nachhaltigen Lösungen und Versöhnung auf und stärken diese.
- Es gibt Fortschritte bei der Entwicklung einer klaren Strategie der Regierung zu Entschädigungszahlungen. Die Würde und Rechte der Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden respektiert.
- Zivilgesellschaftliche Netzwerke sind weiter gestärkt.

Ein besonderer Fokus liegt auf den Bedürfnissen von Frauen und deren Beteiligung am TJ-Prozess entsprechend der Sicherheitsrats-Resolution 1325 der Vereinten Nationen.

Projektpartner:
International Center for
Transitional Justice
Laufzeit:
2008-2012
ADA-Beitrag:
620.000 Euro



Hygiene und Sanitäranlagen für Norduganda

Im Sinne nachhaltiger Haushalts- und Siedlungshygiene unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit sechs Verwaltungseinheiten der Distrikte Kitgum Gulu und Pader in Norduganda dabei, harmonisierte und koordinierte Strategien für Haushalts- und Siedlungshygiene zu entwickeln, diese in den Verwaltungen zu verankern und umzusetzen.

Die Maßnahmen sollen zu einer verbesserten, kosteneffizienteren und nachhaltigen Haushalts- und Siedlungshygiene und somit zu besserer Gesundheit beitragen. Dafür werden die Verantwortlichen der Distrikte in Hygienestandards und Siedlungshygiene ausgebildet. Auch in den Gemeinden wird in Zusammenarbeit mit lokalen NRO mittels moderner Lehransätze Bewusstsein für die Bedeutung von Siedlungshygiene geschaffen. Als Pilotversuch werden in Musterschulen und Musterhaushalten angepasste Toiletten eingerichtet. Indirekt profitieren von den Maßnahmen ca. eine Million Menschen.

Projektpartner: International Water & Sanitation Center
Laufzeit: 2009-2012
ADA-Beitrag: 350.000 Euro

Nachhaltige Wasserversorgung und Siedlungshygiene im Pader-Distrikt

Nach dem Konflikt mit der LRA in Norduganda sind die meisten Menschen wieder in ihre seit vielen Jahren verlassenen Dörfer zurückgekehrt. Dort fehlt es unter anderem an Wasser- und Sanitärversorgung. In enger Zusammenarbeit mit dem Wasser-Ingenieur des Distrikts werden daher in großen Teilen des Gebietes nachhaltige Strukturen zur effizienten Wasserversorgung und Siedlungshygiene errichtet. Im Sinne der Nachhaltigkeit werden Verantwortliche der Gemeinschaft darin ausgebildet, die Anlagen fachgerecht zu nutzen und zu warten. Dafür werden ausgebildete Pumpenmechaniker in Vereinen organisiert, wodurch die Qualität der verrichteten Wartungs- und Reparaturarbeiten langfristig gesteigert werden soll.

Projektpartner: Concern Worldwide
Laufzeit: 2010-2013
ADA-Beitrag: 760.000 Euro

Frieden und Wiederaufbau brauchen Männer UND Frauen

Die ugandische Regierung entwickelte für den Wiederaufbau in der Post-Konfliktregion Norduganda einen Friedens-, Wiederaufbau- und Entwicklungsplan. Das ugandische Frauennetzwerk UWONET setzt sich mit österreichischer Unterstützung dafür ein, dass bei dessen Umsetzung Geschlechtergerechtigkeit und die besonderen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt werden. Gemeinderätinnen, Beamtinnen und Frauengruppen in den Distrikten Kitgum und Pader in partizipativem Planen, Budgetmanagement, Menschenrechtsansatz, Monitoring, Anwaltschaft usw. geschult. Dies erlaubt ihnen zu überprüfen, ob die Umsetzung des Plans geschlechtergerecht erfolgt.

Projektpartner: Uganda Women's Network
Laufzeit: 2009-2011
ADA-Beitrag: rd. 290.000 Euro

NRO-Kooperationen

Neue Chancen für Frauen

Der Konflikt in Norduganda hat schwere psychische und physische Narben hinterlassen. Vor allem die Region Pader war schwer betroffen. Rund 290.000 Menschen mussten dort in Lagern Zuflucht suchen. Gewalt und Entführungen waren tägliche Wegbegleiter. Mit österreichischer Förderung unterstützt CARE Opfer von Gewalt. 5.000 Frauen und Mädchen sowie 1.500 Männer und Jungen werden auf Gemeindeebene psychosozial betreut. Musik- und Tanztherapie helfen, die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten. Gemeindemitglieder werden im sorgsamem Umgang mit Opfern von Gewalt geschult. Zusätzlich werden Kampagnen zum Thema Gewalt gegen Frauen initiiert. Öffentliche Theateraufführungen sensibilisieren auch Männer für Frauenrechte. In Diskussionsrunden mit politischen und religiösen Führern wird eindringlich auf die Rechte der Frauen aufmerksam gemacht und deren Beteiligung

Projektpartner: CARE
Lokaler Projektpartner: Sechs lokale Partnerorganisationen
Laufzeit: 2007-2012
ADA-Beitrag: 1,3 Mio. Euro

am Friedensprozess eingefordert. Dafür machen sich auch die Vereinten Nationen durch die Sicherheitsratsresolution 1325 seit zehn Jahren stark. Das ugandische Parlament hat bereits eine neue Verfassung und eine nationale Gender-Politik zur formellen Gleichstellung von Frauen und Männern ratifiziert. Bis die Rechte nicht mehr nur auf dem Papier bestehen, ist es aber noch ein langer Weg.

Bessere Qualität der medizinischen Versorgung

Das Holy Family Hospital Nyapea im Nordwesten Ugandas ist eine zentrale Gesundheitseinrichtung nicht nur für die Region, sondern auch für die Bevölkerung im Grenzgebiet der Demokratischen Republik Kongo. Krankheits- und Sterblichkeitsrate im Einzugsgebiet des Spitals sind hoch, insbesondere bei Kindern unter fünf Jahren. Aufgrund der abgeschiedenen Lage ist gut qualifiziertes medizinisches und technisches Personal schwer zu halten. Darüber hinaus herrscht immer wieder Wassermangel und sind Abwasser- und Abfall-Management unzureichend organisiert bzw. kaum vorhanden. Sanitäre Anlagen und überfüllte Latrinen stellen ein großes gesundheitliches Risiko dar. Ähnliche Zustände bestehen im Krankenhaus St. Joseph's nordöstlich des städtischen Wirtschaftszentrums Kitgum.

Mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurden die beiden Krankenhäuser ökologisch rehabilitiert und die Qualität der medizinischen Versorgung wesentlich verbessert. Heute liefert eine Solaranlage Strom im St. Joseph's Krankenhaus für die erneuerte und modernisierte hausinterne Elektrik. Darüber hinaus wurde in den Spitälern das Wasser- und Abwassersystem saniert. Sauberes Wasser, neue Sanitäranlagen und ein optimiertes Wäschereiverfahren sorgen für bessere hygienische Bedingungen. Speziellen Schulungen des Personals garantieren den nachhaltigen und eigenverantwortlichen Betrieb der Krankenhäuser.

Projektpartner:

HORIZONT3000

Lokaler Projektpartner:Catholic Diocese of Nebbi;
Archdiocese of Gulu**Laufzeit:**

Nyabea: 2007–2009;

Kitgum: 2006–2009

ADA-Beitrag:

Nyabea: 176.000 Euro

Kitgum: 315.000 Euro

Service

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft

Off Limuru Road, Opposite Muthaiga Mini Market
 Postanschrift: P.O. Box 30560
 00100 Nairobi
 Tel: +254 20 406 00 22 weiters -23 und -24
 Fax: +254 20 406 00 25
nairobi-ob@bmeia.gv.at
www.aussenministerium.at/nairobi

Österreichisches Honorarkonsulat

Plot 6, Hill Lane, Kololo, Kampala
 Postanschrift: P.O.B. 11273, Kampala, Uganda
 Tel.: +256/414 23 57 96
 Fax: +256/414 23 57 96
austrianconsulate@infocom.co.ug
austrianconsulate@gmail.com

Österreichisches Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit

Crusader House, 3 Portal Avenue, Kampala
 Postanschrift: P.O.B. 7457, Kampala, Uganda
 Tel.: +256 312 235 104, +256 312 235 105; Fax: +256 312 23 51 60
kampala@ada.gv.at

Österreichische Außenhandelsstelle in Johannesburg

Cradock Heights, 2nd Floor, 21 Cradock Ave, Rosebank (Johannesburg),
 Republik Südafrika
 Tel.: +27 11 442 71 00;
 Fax: +27 11 442 83 04
johannesburg@advantageaustria.org
www.austriantrade.org/za

Botschaft der Republik Uganda in Deutschland

Axel-Springer-Straße 54a, 10117 Berlin, Deutschland
 Tel.: +49 30 240 47 556
 Fax: +49 30 240 47 557
ugembassy@yahoo.de

Honorargeneralkonsulat der Republik Uganda in Wien

Honorargeneralkonsul KommR Alfred Chyba
 Breitenfurterstraße 219, 1230 Wien, Österreich
 Tel.: +43 (0)1 863 11 40
 Fax: +43 (0)1 863 11 43
consulategeneral@uganda.at
www.uganda.at

Links

Basismaterial

- Ministry of Finance Planning and Economic Development inkl. National Development Plan <http://www.finance.go.ug/index.php>
- Ministry of Water and Environment <http://www.mwe.go.ug/>
- Justice, Law and Order Sector <http://www.jlos.go.ug/>
- Uganda National NGO Forum: <http://www.ngoforum.or.ug/>
- Uganda Bureau of Statistics <http://www.ubos.org/>
- The New Partnership for Africa's Development (NEPAD) – Uganda <http://www.nepaduganda.or.ug/general/?changelang=ENGLISH>
- African Development Bank: <http://www.afdb.org/>
- Weltbank/Uganda: <http://www.worldbank.org/ug>

Medien

- „The New Vision“ (regierungseigen): <http://www.newvision.co.ug/>
- „Daily Monitor“ (unabhängig): <http://www.monitor.co.ug/>

OEZA

- Österreichische Entwicklungszusammenarbeit: <http://www.entwicklung.at/>
- Uganda Country Strategy 2010–2015: http://www.entwicklung.at/uploads/media/Uganda_CS_2010-2015.pdf

National Development Plan

Uganda – National Development Plan:
http://www.finance.go.ug/docs/NDP_April_2010-Prot.pdf